

Calmer Tagblatt

Nr. 164.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Ercheinungsweise: 5mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 2.50.
Wochensatz 12.50, auf Sammlungen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernsp. 9.

Dienstag, den 18. Juli 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten 2.60, vierteljährlich 7.50, halbjährlich 14.00, jährlich 28.00, mit Postzuschlag. — Einlag der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Reichstags- und Regierungskrisis scheint nun behoben zu sein. Die Beibehaltung der bisherigen Regierung unter stillschweigender Unterstützung von rechts und links, die wir in unserem Leitartikel angekündigt hatten, ist durch die Erklärung der Unabhängigen, die Frage ihres Eintritts in die Regierung zu vertagen, und für das Gesetz zum Schutze der Republik zu stimmen, gesichert, da nun eine Zweidrittel-Mehrheit für die dadurch bedingte Verfassungsänderung vorhanden ist.

Die Vermeidung einer Regierungskrisis war auch das erste Gebot der Stunde, denn in den nächsten Tagen soll es sich entscheiden, ob die Alliierten gewillt sind, das Reparationsproblem auf eine Basis zu stellen, die das deutsche Finanzelend und damit die europäische Wirtschaftskrisis endlich einmal behebt. Bis jetzt sind noch keine Anhaltspunkte vorhanden, daß die Alliierten einsehen, wo die Ursachen für die Erschütterung des wirtschaftlichen und politischen Lebens Deutschlands und damit auch Mitteleuropas liegen. Man will zwar über einen Zahlungsausschuss für Deutschland verhandeln, aber grundsätzlich will man die unerfüllbaren Forderungen beibehalten, die unsere Valuta ruinieren. Lloyd George hat als Hauptursache die unbefriedigende Regelung des deutschen Reichshaushalts bezeichnet, der ins Gleichgewicht gebracht werden müsse. Auch vertreten die Alliierten den Standpunkt, daß wenn wir unsere Eisenbahnen nicht weiter ausbauen, wir unter dem Zwang der wirtschaftlichen Lage mindestens 9 Milliarden sparen könnten. Demgegenüber bemerkt das Reichsverkehrsministerium, daß wir bisher nur das allernotwendigste zum Ausbau der Eisenbahnen getan haben. Die richtige Antwort auf die parlamentarischen Vorschläge der Alliierten gibt übrigens der italienische Ministerpräsident A. D. Nitti, der den Versailler Vertrag als Hauptursache der Notlage Europas kennzeichnet.

Zur innerpolitischen Krisis. Entspannung der Lage.

* Die Ermordung Rathenaus hat, wie von jedem nüchtern und vor allem national denkenden Menschen vorauszurechnen war, eine schwere innere Krisis hervorgerufen, die natürlich nicht durch Worte und Erklärungen von heute auf morgen zu beheben ist. Es war ganz klar, daß auf diese gewissenlose Tat hin die radikalen Elemente von links wieder größeren Einfluß auf die Massen bekommen müßten, und das umso eher, als die gerade in den letzten Wochen einsetzende Lawinenartig anschwellende Teuerungswelle außerdem noch weitere Konfliktsstoffe angehäuft hatte. Die Meinungsverschiedenheiten über die Gestaltung des Gesetzes zum Schutze der Republik, dessen Forderung aus der durch den Mord und seine Begleitumstände heraus geschaffenen Situation zu erklären ist, führten nach ergebnislosen Verhandlungen über eine Erneuerung der Koalition nach links oder rechts, bzw. nach beiden Seiten zu der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zu dem Zweck, einen Druck auf die Mittelparteien im Sinne der Geltendmachung der Forderungen der Gewerkschaften auszuüben. Gegen diese Forderungen, die u. a. jede monarchistische Agitation und Verbindung verboten wissen wollten, weiterhin Säuberung der Regierungsstellen, Behörden und des Militärs von monarchistischen Elementen verlangten, hatten sich die Mittelparteien nicht allein wegen des Charakters der Forderungen an sich gewendet, durch deren Anwendung der Gesinnungsschnüffler Tür und Tor geöffnet würde, sondern vor allem deshalb, weil man in diesem Vorgehen der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften einen unzulässigen Druck gegen Parlament und Regierung erblickte. Der Wunsch der Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen in die Regierung einzubeziehen, löste den andern Wunsch beim Zentrum und der Demokratie aus, eine Erweiterung der Koalition nach rechts vorzunehmen, wogegen sich die Mehrheitssozialisten aussprachen, weil sie an der republikanischen Zuverlässigkeit der deutschen Volkspartei Zweifel haben. Die Sozialisten vertreten nun die Auffassung, daß wenn keine für die Schutzeschöpfung zuverlässige Mehrheit zustandzubringen sei, eine Auflösung des Reichstags erfolgen müsse. Gegen eine Auflösung des Reichstags spricht aber unsere außenpolitische Situation, die ohnehin schon schwierig genug ist, sodas man ihr nicht noch die Belastung eines zweifellos über alle Massen erbitterten Wahlkampfes zumuten sollte. Um dem Druck von links zu begegnen, haben sich nun die Mittelparteien an die Deutsche Volkspartei gewendet, um ebenfalls eine Arbeitsgemeinschaft zu erlangen, die einen großen Mittelblock des verfassungstreuen Bürgertums verkörpern würde. Ob der Bloch zustandekommt, und welche politischen Folgen er auslösen wird, das kann heute natürlich nicht gesagt werden. Der Reichspräsident hat ja jetzt die Vermittlung hinsichtlich der Frage der Regierungserweiterung übernommen. So wie sich die Dinge bis jetzt entwickelt haben, ist mit zwei Möglichkeiten zu rechnen, entweder es kommt die ganz große Koalition von den Unabhängigen bis zur Deutschen Volkspartei zustande — eine Kombination, die aus Stimmungsgründen heraus uns kaum möglich erscheint, — oder aber es bleibt die seitherige Koalition, unter stillschweigender Mitarbeit von links und rechts, denn die Aufnahme der einen oder andern Partei in die Regierung dürfte angesichts der heute in Erscheinung tretenden Konstellation, wie sie sich durch die Gründung von Arbeitsgemeinschaften kennzeichnet, kaum ohne offenen Konflikt möglich sein, und das wollen nach unserem Eindruck die besonnenen Parteiführer doch vermeiden.

Vertagung der Frage der Regierungserweiterung.

Berlin, 18. Juli. Wie die Blätter mitteilen, haben die beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen gestern sich damit einverstanden erklärt, die Regierungserweiterung durch den Eintritt von Unabhängigen in die Reichsregierung bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags im Oktober zu vertagen. Die Gewerkschaften haben den Beschlüssen der Fraktion zugestimmt. Die Sozialdemokraten, die Unabhängigen und die Gewerkschaften werden am Mittwoch einen gemeinsamen Aufruf an die Arbeiterschaft richten, in dem sie ihren Vertagungsbeschluss begründen werden. Laut „Völkischer Zeitung“ ist der Beschluss auf wichtige Erwägungen außenpolitischer und wirtschaftlicher Natur und schwerwiegende Bedenken zurückzuführen, die, wie es heißt, nicht nur vom Reichszentralrat, sondern auch von dem Reichspräsidenten gegen eine Auflösung des Reichstags und Neuwahlen im gegenwärtigen Augenblick geltend gemacht worden seien. Die Frage der Bildung einer gemeinsamen aus Sozialdemokraten und Unabhängigen bestehenden Reichstagsfraktion wird von den beiden sozialistischen Parteien während der Sommerferien des Reichstags entschieden werden. Auch die Frage einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ist noch nicht weiter gediehen. Auch hier liegt die letzte Entscheidung bei den Parteiführern.

Die Unabhängigen für das Gesetz zum Schutze der Republik.

Berlin, 17. Juli. Die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. beschloß heute mit 39 gegen 17 Stimmen, für das Gesetz zum Schutze der Republik zu stimmen. Damit ist eine auch für ein verfassungsänderndes Gesetz erforderliche Zweidrittel-Mehrheit gesichert. Es wird erwartet, daß der Reichstag morgen Dienstag alle noch nicht abgeschlossenen Arbeiten erledigen und dann in die Sommerferien gehen wird.

Die Reparationsfrage.

Die Frage der Gewährung eines Moratoriums für Deutschland.

London, 17. Juli. Der politische Korrespondent der „Times“ will wissen, daß das englische Kabinett sich morgen mit der Frage eines Moratoriums für Deutschland befassen werde. Man hoffe, einen Plan aufzustellen, der für die Alliierten annehmbar sei und der die europäische Wirtschaftslage auf einen festen Grund stelle.

Die Alliierten gegen den Ausbau des deutschen Eisenbahnnetzes.

Berlin, 15. Juli. Nach Zeitungsnachrichten sollte in den Kreisen der alliierten Regierungen die Ansicht herrschen, daß der gegenwärtige Fehlbetrag der Reichsbahn um mindestens neun Milliarden Mark verringert werden könnte, wenn ein Teil des geplanten Ausbaus des Eisenbahnnetzes, der als überflüssig bezeichnet werden könne, unter dem Zwange der wirtschaftlichen Lage vom Programm gestrichen würde. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Abg. Dr. Quast hat der Reichsverkehrsminister geantwortet, daß der Unterschied zwischen Betriebsausgaben und Ausgaben des außerordentlichen Haushalts, die für werbende Anlagen ausgeworfen werden, den beteiligten Stellen der alliierten Regierungen gegenüber klar gestellt sei. Die Reichsregierung habe wiederholt, sowohl der Reparationskommission wie dem Garantiekomitee gegenüber, ausführlich und nachdrücklich betont, daß die Anforderungen des außerordentlichen Haushalts für die Ausgestaltung der Reichsbahnen mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert nur zur Deckung des allerdringlichsten Bedarfs hinreichen und hinter den Aufwendungen der Vorkriegszeit um ein Mehrfaches zurückbleiben.

Die angebliche Ansicht des Garantieausschusses über den von Deutschland vorgeschlagenen Zahlungsausschuss

Paris, 17. Juli. „New York Herald“ glaubt zu wissen, daß der Garantieausschuss sich in seinem Bericht über seine Berliner

Mission, der diese Woche der Reparationskommission vorgelegt wird, auf den Standpunkt stellen werde, daß Deutschland tatsächlich das verlangte Moratorium brauche, daß es aber in der Lage sei, größere Sachlieferungen zu machen, als bis jetzt verlangt worden sei. Demselben Blatt zufolge gaben sogar die französischen Sachverständigen die vorübergehende Notwendigkeit zu, Verzögerungen durch Sachlieferungen zu ersehen, sie beständen aber darauf, daß das Garantiekomitee, um das Verfahren wirksam zu gestalten, weitergehende Ueberwachungsmaßnahmen gegenüber allen Einzelheiten der deutschen Finanz- und Handelstransaktion besitzen müsse. Dies alles erklärt nach dem Blatte, die eifrigen Vorbereitungen der französischen Regierung für die Aufnahme von Sachlieferungen in größerem Umfang.

Lloyd George über das Reparationsproblem.

London, 17. Juli. Auf eine Frage Kennothys erklärte Lloyd George im Unterhaus in Erwiderung der Aufforderung der Regierung der Vereinigten Staaten sei diese offiziell benachrichtigt worden, daß eine Sonderdelegation anfangs September in Washington eintreffen werde, um mit der vom Kongreß ernannten Unterkommission über die Fundierung der britischen Kriegsschulden an Amerika Abmachungen zu treffen. Bevor diese Verhandlungen abgeschlossen seien, könne er keine weiteren Erklärungen abgeben. Das Haus werde zur gegebenen Zeit unterrichtet werden, ob eine Gesetzesvorlage notwendig werde, was von dem Charakter der abzuschließenden Vereinbarungen abhängen werde. Abgeordneter Terrell richtete eine Anfrage an die Regierung, in der er sagte, die Reparationszahlungen seien nicht die einzige und die wichtigste Ursache für die Entwertung der Mark. Hauptsächlich sei daran schuld die Tatsache, daß das deutsche Budget nicht ins Gleichgewicht gebracht und balanciert werde. — Lloyd George erwiderte, die Regierung sei der Ansicht Terrells, daß das Wichtigste die Wiederherstellung des deutschen Finanzsystems und das Gleichgewicht des deutschen Budgets sei. England behalte diesen Punkt ständig im Auge.

Der frühere Ministerpräsident Nitti gegen die Reparationen.

Berlin, 17. Juli. Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti schreibt im „Berliner Tageblatt“ über das Mißverständnis der Reparationen und bemerkt u. a.: In allen ihren öffentlichen Kundgebungen während des Krieges sprach die Entente niemals von Kriegsschäden und nur für Belgien wurde die Pflicht des Wiederaufbaues anerkannt. Alle Pakte und Klauseln, welche die Grundlage der heutigen Verträge bilden, sind die reine und völlige Verneinung der Prinzipien, welche die Entente aufgestellt und die Wilson proklamiert hatte. Das Prinzip der Reparation der Schäden wurde durch bloßes Mißverständnis in den Waffenstillstandsabmachungen vom 2. November 1918 aufgenommen. Obgleich alle Vertreter der verbündeten und assoziierten Länder hervorhoben, daß ein solcher Pakt nichts mit den Waffenstillstandsbedingungen zu tun habe, beharrte Clemenceau darauf, daß Frankreich diese Genugtuung erhalte, vor allem eine moralische Genugtuung. Gleich darauf wagten sich die unferninsten Tendenzen hervor und entgegen allen vorhergehenden Verpflichtungen verlangte man von Deutschland und den besiegten Völkern Dinge, welche diese nach ihrem Siege niemals gefordert hätten. Deutschland wurde gezwungen, seine Kolonien, seine Schiffe, seine Kredite, seine Handelsorganisationen im Ausland herauszugeben. Außerdem verpflichtete man es, noch eine ungeheure Reparationssumme zu bezahlen. Viele Forderungen lassen sich lediglich aus der Absicht erklären, die Lebensquellen der deutschen Einheit zu verschütten, nachdem man Deutschland erst rein deutsche Gebiete entrisen und es durch den törichten Danziger Korridor fast in zwei Teile zerschnitten. Keine Widerständigkeit, die nicht in Erscheinung getreten wäre. Ein Minister konnte im Dezember 1919 dem französischen Parlament eine Entschädigung von 375 Milliarden antworten, zahlbar mit Zinsen in 34 Annuitäten zu 25 Milliarden. Noch im November 1920 beschränkte ein anderer französischer Minister die Forderungen von Frankreich allein auf 218 Milliarden. Und dabei hatten die französischen Statistiker vor dem Kriege den gesamten Besitz ihres Landes auf nicht mehr als 250 Milliarden geschätzt und das durch den Krieg verwüstete Gebiet war doch nur ein kleiner Teil. Nitti verfolgt an der Hand amtlichen Materials die verschiedenen Phasen der Reparationsfestsetzungen mit ihren törichten und albernen, aber immer noch vollen Forderungen und fährt dann fort: Dies ist die Geschichte der ungeheuren Komödie der Reparationen, welche Europa verwüsten, in zwei Lager spalten und Deutschlands Auferstehung verhindern. Das Okkupationsheer hat allein im vergangenen Jahre 1600 Millionen Goldmark erfordert, also mehr als Deutschland geben kann. Deutschland, das alles verloren, soll eine

unmögliche Entschädigung bezahlen. Derweilen sind Frankreich und Italien nicht imstande, an England das Kapital ihrer Schulden zurückzahlen und an die Ver. Staaten nicht einmal die Zinsen. Alles, was Deutschland gezwungen ist an Reparationen zu zahlen, ruft neue industrielle Krisen hervor. Wenn die ungerechten Friedensschlüsse noch nicht ebenso viel Menschen getötet haben, so haben sie doch gewiß ebenso viel Wohlstand vernichtet wie der Krieg. Jeder Tag bedeutet eine neue Enttäuschung und trotzdem bringt jeder Tag neue Krümer. Es ist wie ein Raub der Welt, der die Seelen verdunkelt. So sind in Europa heute mehr Menschen unter den Waffen als vor dem Kriege. Wenn die Ver. Staaten von Amerika sich von der wahren Gefahr überzeugen wollten, welche Europa und die andere Welt bedroht, und daß diese Gefahr ganz allein von dem dummen System der Reparationen ausgeht, so würde das einen großen Schritt vorwärts bedeuten.

Zur auswärtigen Lage.

Am die Haager Konferenz.

Haag, 17. Juli. Eine amtliche Mitteilung besagt, daß gestern Abend die Vorsitzenden der nicht-russischen Delegationen Litwinow ein Schreiben zugehen ließen, in dem es heißt, die Zusammenberufung einer von Litwinow erbetenen Versammlung der Vorsitzenden der drei nicht-russischen Kommissionen zusammen mit der russischen Delegation zum Zwecke der Untersuchung der Möglichkeit für die Fortsetzung der jetzt unterbrochenen Verhandlungen sei unannehmbar und zwar deshalb, weil die Vorsitzenden der drei Unterkommissionen keinerlei Organ bildeten und deshalb nicht zu Verhandlungen berechtigt seien. — Obwohl der allgemeine Eindruck besteht, daß Litwinows Schreiben keinerlei Erklärungen enthält über den Brief von Patin, dem Vorsitzenden der Unterkommission für privates Eigentum, vom 15. ds. Mts., ist dieser bereit, zur Vermeidung eines Mißverständnisses morgen Dienstag vormittag 11 Uhr mit der russischen Delegation zusammenzukommen. Diese Versammlung hat nur den Zweck, der russischen Delegation Gelegenheit zu geben, scharf umrissene Mitteilungen zur Abänderung ihrer Erklärungen zu machen. — Man will also den Russen nochmals Gelegenheit zu Zugeständnissen geben.

London, 18. Juli. Lloyd George erwiderte auf eine Anfrage betreffend die Haager Konferenz, wenn es nicht gelinge, in erster Stunde über den toten Punkt hinauszukommen, so werde die britische Delegation Ende dieser Woche zurückkehren. — Kennworthy fragte, ob und wann die nächste Konferenz in London stattfinden werde. Lloyd George erwiderte, Kennworthy müsse sich so lange gedulden, bis die britische Delegation über die Vorgänge im Haag berichtet habe.

Haag, 17. Juli. Der Vorsitzende der russischen Delegation hat dem Vorsitzenden der nicht-russischen Delegationen ein Schreiben gesandt, in welchem er eine Zusammenkunft der Vorsitzenden der drei nicht-russischen Kommissionen mit den Mitgliedern der russischen Kommission vorschlägt, um über die Möglichkeit einer Grundlage für die Fortsetzung der unterbrochenen Besprechungen zu verhandeln.

Annahme des Wiesbadener und Berliner Abkommen über die Sachlieferungen durch Frankreich.

Paris, 17. Juli. Wie der „Temps“ mitteilt, hat der französische Botschafter in Berlin, Charles Laurent, die deutsche Regierung von der Entscheidung der französischen Regierung in Kenntnis gesetzt, das Wiesbadener und das Berliner Abkommen über die Sachlieferungen in Kraft zu setzen und zwar mit Wirkung vom 20. Juli.

Die irische Frage.

London, 16. Juli. Wie Reuter meldet, hat eine Anzahl Irregulärer sich auf einer Insel im Bough Whene (?) in der dortigen gut proviantierten Marinestation festgesetzt. Aus Thurles, einer wichtigen Stadt an der Eisenbahn von Dublin nach Cork, wird von heftigen Kämpfen während der letzten Tage berichtet. Irreguläre versuchten, die von Truppen des Freistaats besetzte Stadt zu umzingeln, wurden aber dabei übertrastet und verloren 54 Gefangene.

London, 16. Juli. Reuter meldet aus Dublin: Die Freistaats-Truppen begannen heute mit einem Angriff auf das republikanische Bollwerk auf einer kleinen Insel in der Swilly-Bucht, einer früheren britischen Marinestation. Die republikanischen Stellungen wurden

Erfassung der Rathenau-Mörder!

Selbstjustiz der Attentäter.

WTB. Halle an der Saale, 18. Juli. Die Rathenau-Mörder wurden gestern Abend durch Halle'sche Kriminalbeamte auf Burg Saaleck bei Bad Kösen ermittelt. Sie haben sich vor ihrer Festnahme im Burgturm erschossen.

eingeschlossen. Das Bollwerk wird von Artillerie beschossen und einige vorgehobene Posten sind bereits eingenommen. Aus heftigen Explosionen im Bollwerk wird darauf geschlossen, daß die Republikaner ihre Munition vernichten, ehe sie sich übergeben. Die Regierungstruppen nahmen heute die meisten republikanischen Stellungen von Dumbalk, wo ihnen wenig Widerstand entgegengesetzt wurde. Bei der Einnahme der Kasernen wurden 250 Republikaner gefangen genommen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Juli. Der Gesetzentwurf über die Beseitigung des Notgeldes wird in allen drei Lesungen angenommen. Danach soll alles Notgeld binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes eingelöst werden. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs gegen die Notlage der Presse. Der Ausschuß will außer der Abgabe von einem halben Prozent der Holzverkaufspreise die Gesamtausfuhr mit einer Sonderabgabe von 1½ Promille zugunsten der Presse einschließlich der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und wissenschaftlichen Zeitungen und Zeitschriften belassen. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt betonte, daß man die Presse nicht der struppelosen Preisgestaltung der Papierindustrie preisgeben dürfe. Für den demokratischen Staat sei eine unabhängige Presse notwendig. Die bedrängte Lage der Presse fördere auch die Gefahr einer gewissen Korruption, wie sie in einem Teil der ausländischen Presse schon bestehe. Hierauf wurde ein Antrag angenommen, wonach Zeitungen mit kleinerem Papierverbrauch bei den Rückvergütungen verhältnismäßig besser bedacht werden sollen als die großen Zeitungen. Im übrigen wurden die Ausschlußbeschlüsse bestätigt. Sodann folgte die zweite Beratung der Zwangsanleihe. Dr. Helfferich (D.N.) betonte, die grundsätzlichen Bedenken seiner Freunde gegen das Gesetz beständen fort. Die ungeheure Belastung der deutschen Wirtschaft mit 70 Milliarden sei in der jetzigen Zeit der Geldknappheit unerträglich. Industrie und Landwirtschaft hätten die größten Schwierigkeiten, sich das nötige Betriebskapital zu verschaffen. Hilfe könne nur geschaffen werden, durch die Aufhebung des Depotszwanges und die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses. Man sollte es zunächst statt mit einer Zwangsanleihe auf dem Weg der Freiwilligkeit versuchen. Abg. Dr. Helfferich wünscht ferner eine gründliche Aussprache über die Revision des Reparationsprogramms im auswärtigen Ausschuß. Seine Partei werde gegen die Zwangsanleihe stimmen, die Novellen zum Einkommen- und Erbschaftsteuergesetz aber annehmen. Dem Abg. Geyer (USP.) ist die Höhe der Zwangsanleihe ungenügend und der Zinsfuß zu hoch. Die sozialistische Arbeitsgemeinschaft beantragte als Ertrag der Zwangsanleihe eine Milliarde Goldmark und mindestens 80 Milliarden Papiermark, ferner eine Herabsetzung der Zinsen bis zu den Sätzen der Regierungsvorlage. Der Kommunist Höllein will den Ertrag auf eine Milliarde Goldmark bzw. 100 Milliarden Papiermark erhöhen und ebenfalls den Zinsfuß herabgesetzt wissen. Demgegenüber lehnt der Abg. Curtius (D.V.P.) eine Erhöhung des Ertrags über 60 Milliarden Papiermark hinaus ab und betont, die Zwangsanleihe dürfe nur zur Finanzierung der Reparationsleistungen dienen. Die Vorlage wird darauf in der Ausschlußfassung angenommen mit der Aenderung, daß die Grenzen des zeichnungspflichtigen Vermögens, bei welchem Abzüge für Kinder zulässig sind, von 5 auf 3 Millionen herabgesetzt werden. Das Zwangsanleihegesetz soll gleichzeitig mit den Novellen zum Erbschafts- und Einkommensteuergesetz in Kraft treten. Diese werden hierauf in 3. Lesung und ebenso

das Zwangsanleihegesetz gemäß den Beschlüssen der 2. Lesung angenommen. —

Deutschland.

Minister a. D. Dr. Simons Reichsgerichtspräsident.

Berlin, 17. Juli. Der Reichsrat stimmte dem Vorschlag seines 7. Ausschusses, für die durch den Tod des Reichsgerichtspräsidenten erledigte Stelle den Reichsminister a. D. Dr. Simons zu wählen, einstimmig zu.

Antrag auf Prüfung der Vorwürfe gegen den Reichsminister.

Berlin, 18. Juli. Die demokratische Fraktion des Reichstages hat laut „Voss. Ztg.“, auf Anregung des Reichswehrministers Dr. Gehler mit Unterstützung der beiden anderen Regierungsparteien die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 34 der Verfassung zur Prüfung der Vorwürfe, die gegen die Reichswehr erhoben worden sind, und der Art, wie sie der Reichswehrminister erledigt hat, beantragt. — Bekanntlich wick dem Reichswehrminister von links vorgeworfen, daß er die Propaganda reaktionär gesinnter Offiziere dulde.

Waffenfunde in Potsdam.

Berlin, 18. Juli. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, fanden gestern in der seit ungefähr einem Jahr nicht vom Militär besetzten Garde du Corps-Kaserne in Potsdam Vertrauensmänner der S.P.D. außer Teilen von Gewehren und Maschinengewehren rund 200 scharfe Handgranaten, Infanteriemunition, 1000 Tornister, 1000 Seitengewehre, 2000 Kochgeschirre und ungefähr 600 meist mit Halenkreuzen versehene Stahlhelme. Die Polizei beschlagnahmte das hier übergebene Material und überwies es der Reichstreuhandgesellschaft.

Eine neue elsässische Partei.

Berlin, 15. Juli. Wie die „B. Z.“ meldet, hat die Neue elsässische Partei, eine Gründung des Sohnes des verstorbenen Staatssekretärs Born von Bulach, ihre Generalversammlung in Straßburg abgehalten. Von Bulach erklärte, seine Partei diene weder dem Neutralismus noch der deutschen Propaganda. Sie sei eben die Partei der besetzten Elsässer, der Franzosen zweiter Klasse. Ihre Hauptforderung sei die vollständige Gleichberechtigung der deutschen und der französischen Sprache in der Verwaltung. Die wichtigsten Beamtenstellen im Elsaß seien den Elsässern vorzubehalten.

Schneefall in den höheren Lagen des Schwarzwalds.

Freiburg, 18. Juli. Infolge des starken Temperaturrückgangs ist auf dem Feldberg und in den höheren Lagen des Schwarzwaldes vorgestern und gestern Schnee gefallen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. Juli 1922.

Landeseisenbahnrat.

In den Landeseisenbahnrat Stuttgart, der künftig in erster Linie berufen sein wird, bei der Vertretung der wirtsch. Verkehrsbedürfnisse gegenüber dem Reichsverkehrsministerium mitzuwirken, sind als Vertreter von Industrie und Handel 8 Mitglieder und 8 Stellvertreter von den Handelstammern entsandt worden, darunter Fabrikant E. Sannwald-Calm. Das wirtsch. Staatsministerium, dem die Ernennung von 7 Mitgliedern zusteht, hat u. a. zum Mitglied des Landeseisenbahnrats Stuttgart den Syndikus des Verbandes Württemb. Industrieller Dr. Kneher, zu Stellvertretern Emil Roth, M. d. L., in Reutlingen und Sägewerksbesitzer Commerell in Höfen a. d. E. ernannt.

Geburtstagsfeier für Oberlehrer a. D. Dengler.

* Zu unserem gestrigen Bericht haben wir noch hinzuzufügen, daß Rektor Deutel im Namen der Lehrer gratulierte, unter Beteiligung einer Flasche oblen Weines, und Schulrat Schott-Ragold die Glückwünsche der Gv. Oberschulbehörde überbrachte.

Der Handel mit Kartoffeln.

Nach einer Verordnung des Reichsernährungsministeriums und einer Verfügung des wirtsch. Ernährungsministeriums wird zur Verhütung der preistreibenden Wirkung, die in einer Überzahl von Händlern und Aufkäufern auf dem Kartoffelmarkt zu erblicken ist, der Handel mit Kartoffeln vom 1. August ab nur noch solchen Personen

Auf schiefer Ebene.

Roman von Johann van Dewall.

Sie fuhr am Nachmittag ein wenig spazieren, denn sie hatte Langeweile dabei, sie ging dann einen Augenblick hinüber in das Krankenzimmer, wo ihr Gatte unruhig und mit gerötetem Gesicht im Bette lag.

Sie brachte einen eisigen Lufthauch mit herein und erfüllte das ganze Gemach mit den Wohlgerüchen, welche ihre Kleider und Haare ausströmten.

„Wie befindest Du Dich?“ frug sie ihn mit ihrer lauten Stimme. „Du siehst sehr rot aus, Leo ... Man sollte die Fenster öffnen, denn es ist eine dicke Luft hier.“

Wahlendorf antwortete nicht, er sah sie an mit einem starren, fremdbedenen Ausdruck.

Sie bewegte einige Male den Fächer. Plötzlich fiel ihr etwas ein.

„Du warst gestern nacht lange aus, wie ich höre. Hast Du Dich vielleicht in irgend einer Art übernommen? — Du hast auch Dein Frühstück kaum angerührt.“

Keine Antwort, nur die Hand des Kranken bewegte sich ungeduldig.

„Es wird die Rose werden, gnädige Frau,“ flüsterte die Wärterin des Kindes von der Türschwelle her. „Sehen Sie doch nur, wie der Herr im Gesicht aussieht, wie Purpur, das tut das Gesicht, das macht bekommen im Kopfe.“

Mariquita sah sich um ...

„Die Rose? ... ist das ansteckend?“ frug sie beunruhigt.

„Nun, nein ... für gewöhnlich gerade nicht,“ erwiderte jene, „aber tragend, mit einer verneinenden Gebärde ... Ich kenne

jemanden, eine Nachbarin von mir, die versteht es, sie zu besprechen. Die Doktors wollen allerdings davon nichts wissen und namentlich der Geheimrat, aber Unzähligen hat sie schon geholfen, die Frau Schubart; auch gegen das kalte Fieber hat sie etwas und gegen Rheumatismus und Blutungen. Sie heißt das alles mit Sympathie.“

Frau von Wahlendorf hatte, während die geschwähige Frau halb flüsternd ihren guten Rat von sich gab, sich vorsichtig von dem Bette ihres Gatten entfernt und der Türe genähert. Sie warf noch einen kurzen, halb ängstlichen, halb finsternen Blick zu ihm hinüber und verließ das Zimmer. Der Morgen war ihr lang geworden heute ohne die Freunde, ohne deren Ratswortsch und das Spiel, der Abend wurde ihr unerträglich. Sie spielte Klavier, legte Patienten und nahm sogar eine Zeitung zur Hand, aber sie war unruhig und gestreut, — fast zornig.

Sie ging sogar hinüber nach der Kinderstube aus Langeweile, etwas, was den Diensthofen vielen Stoff zu allerhand Betrachtungen gab, und befahl zuletzt ihrer Wja, ihr Kleider zu bringen und anspannen zu lassen.

Nach acht Uhr fuhr sie in das Theater und erschien in ihrer Loge, strahlend von Brillanten, mit bloßem Hals und bloßen Armen.

Die Kleine war noch keine sechs Wochen alt und ihr Mann lag im Bette, wie man in den Hofkreisen bereits wußte, nicht unbedenklich krank. —

Aller Augen und Gläser richteten sich insolge dessen alsbald auf die schöne Frau, in den Logen und im ersten Range entstand eine gewisse Erregung.

Prinzess Aurelie sandte ihren Kammerherrn, um sich zu erkundigen, wie es ihrem Gatten ginge, noch viele andere kamen

in den Zwischenakten, um es aus dem Munde seiner Frau zu hören, daß man Wahlendorfs Zustand übertrieben hatte. Man beruhigte sich ein wenig, als man erfuhr, er bekäme wahrscheinlich die Rose. Man hatte sich also unnütze Sorge gemacht, — gottlob!

Die streitbare Hofjägermeisterin ließ es sich aber nicht nehmen, der Frau Hofmarschallin einen Denktettel anzuhängen.

Ueber ihre breiten weißen Schultern einen schwefelgelben Shawl geschlungen und einen mächtigen blau und gelben Federstuf auf dem Kopfe, der alle ihre Bewegungen harmonisch begleitete, kam sie in Mariquitas Loge und erkundigte sich mit lauter Stimme nach dem Befinden ihres Kindes und ob das „Wärmchen“ schon getauft sei.

Mariquita erhob sich stolz, ein wenig bleich werdend unter diesen zudringlichen Fragen. Ihre Augen begannen zu blitzen und ihr kleiner Mund bäumte sich auf.

„Und wer pflegt nun Ihren Mann?“ fuhr die Oberjägermeisterin mit lauter Stimme fort, welche mit innerer Wonne den aufsteigenden Aerger in der Hofmarschallin Zügen wahrnahm.

„Seine Leute, Madame, die es angeht,“ entgegnete diese kurz und wandte sich ab, als wünschte sie das Gespräch beendet zu sehen.

„Ei, das ist ja seltsam, meine Gnädige. — Doch, ich vergaß, — Sie müssen sich schonen, — nicht wahr, drei Wochen alt ist das Kleine?“

Dabei starrte sie mit ihren großen, dunklen Augen spöttisch auf die entblößten Arme und Schultern der jungen Mutter hernieder.

getattet, denen ein erteilt worden ist. 1. August die C ausgesetzten Anla den, die vor der E wirtschaft, des Han der Erteilung der schäftliche Bedürfnis ler oder Aufkäufer davon überzeugen, beßt.

Die Lage de

Nach den Bericht der Arbeitsmar außerordentlic ten erfuhr fast in rung. Vor allem geltend. Die Zah so groß als im forderungen von das Baugewerbe Bekleidungsge zurüd. Im Nah gelegenen. G diener für Hote Verdienstmöglichste personal blieb best für Landarbeiter Arbeitskräften ge würde sie eine en und damit schwer Die Zahl der voll in ganz Württem und mehr als 500

Gesetz

Dem Landtag Reichsbedingungs geht, sind die West temberg nicht geig gehender landesgefe Verfassung Württer besitz volkswirtschaflicher Heimstätten i Betriebe aufzuteilen der Ausarbeitung d verfolgt: 1. Neben tigste Aufgabe der triebe. 2. Das ersto Ausdehnung des B als 25 Hektar und Großgrundbesitz u Entschädigung und schädlich ist. 3. De schränkung auf die und auf die Befried in Anspruch genon Ausnähung des S ist anzustreben. Zu und leistungsfähige leistete Siedlungsun

Eine Verkaufs

Ein großer T sich heute genötigt ftes zu veräußern, Leute empfinden e zu diesem Zweck a und erzielen häufi den Ortsauschuß für Stuttgart und Verkaufsvermittlun

In den Neben

triumphierenden B aus mit vollen Se „Drei Wochen? flüsterte irgend ein quitas Ohr erreich Sie lehnte sich Büsen zusammen r ihren Fächer. In der Mitte die Vorstellung.

Dahem fand sie

„Ich muß Sie sie der Geheimrat, Maße besorgnisere rungen getroffen w fin in das Haus r Heilgehilfen schiden fürchte ich, Ihr He „Simmel!“ rief Ich habe niemals g ... Man sollte sie e „Die Rose?“ fru hier von Rose? .. Mariquita wurde ganz starr vor Schr fter, forschender Bli „Der Typhus?“ mein Gott, der ist ja Ich bitte Sie, was

2. Besung
präsident.
Vorschlag
Dr. Simons
e
ichstage hat,
Dr. Gehler
die Ein-
34 der Ver-
wehr erhoben
lister erledigt
ter von links
ter Offiziere
en geftern in
Garde du
P.D. außer
200 scharfe
000 Seiten-
Patenkreuzen
s ihr über-
ellshaft.
ue elässliche
antssekretärs
urg abgehal-
Neutralitäts-
artei der be-
Hauptforde-
en und der
n Beamten-
erzwalbs
rückgangs ist
marzwalbes
1922.
g in erster
würdt. Ver-
erium mit-
del 8 Mit-
er entsandt
in 7 Mit-
seisenbahn-
Württemberg.
mit Roth,
nmerell in
Dengler.
zuzufügen,
unter Beil-
t-Nagold
rtums und
b zur Ver-
erzahl von
en ist, der
Personen
Frau zu
kte. Mar-
me wahr-
e gemacht,
nicht neh-
ingen.
eselfgelben
den Feder-
onisch be-
e sich mit
b ob das
end unter
zu bligen
Oberjäger-
er Wonne
gen wahr-
mete diese
ch beendet
ch vergaß,
en alt ist
n spöttisch
n Mutter

geartet, denen eine besondere neue Erlaubnis zum Kartoffelhandel erteilt worden ist. Dies gilt auch für Personen, die bereits vor dem 1. August die Erlaubnis zum Kartoffelhandel hatten. Die bisher ausgestellten Einkaufserlaubnisse müssen durch neue ersetzt werden, die vor der Entscheidung einen Ausschuss aus Kreisen der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucherschaft zu hören hat. Bei der Erteilung der Handelserlaubnis ist besonders auch das volkswirtschaftliche Bedürfnis zu prüfen. Landwirte, die Kartoffeln an Händler oder Aufkäufer abgeben, müssen sich künftig bei Strafvermeidung davon überzeugen, ob der Käufer die erforderliche Handelserlaubnis besitzt.

Die Lage des württ. Arbeitsmarktes im Juni.

Nach den Berichten der württ. Arbeitsämter hat sich im Juni der Arbeitsmarkt nach Beendigung des Metallarbeiterstreiks außerordentlich regen gestaltet. Die Nachfrage nach Arbeitskräften erfuhr fast in allen Berufsgruppen eine beträchtliche Steigerung. Vor allem machte sich diese in der Metallarbeiterindustrie geltend. Die Zahl der Stellenangebote war dort nahezu doppelt so groß als im letzten Monat vor dem Streik. Auch die Anforderungen von Facharbeitern für Leder- und Holzindustrie und das Baugewerbe konnten nur teilweise befriedigt werden. Im Bekleidungsgebiete ging die Nachfrage nach Schneidern etwas zurück. Im Nahrungsmittelgewerbe mehrten sich die Arbeitsgelegenheiten. Großer Mangel herrschte an Köchen und Hausdienern für Hotels. Für ungelernete Arbeiter boten sich viele Verdienstmöglichkeiten. Der Mangel an weiblichem Dienstpersonal blieb bestehen. Der großen Zahl der unbefetzten Stellen für Landarbeiter stand nur ein äußerst geringes Angebot von Arbeitskräften gegenüber. Wenn diese Entwicklung anhält, würde sie eine empfindliche Minderung der landw. Erzeugung und damit schwere Schädigung der Gesamtheit herbeiführen. — Die Zahl der voll unterstützten Erwerbslosen betrug am 1. Juli in ganz Württemberg 194 gegenüber 303 am 1. Juni ds. Js. und mehr als 5000 am 1. Juli 1921.

Gesetz über das Siedlungswesen.

Dem Landtag ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Reichs-Siedlungsgesetz zugegangen. Wie aus der Begründung hervorgeht, sind die Bestimmungen des Reichs-Siedlungsgesetzes für Württemberg nicht geeignet oder ausreichend. Vielmehr bedarf es weitergehender landesgesetzlicher Maßnahmen. Nichtlungsbau ist § 60 der Verfassung Württembergs, der bestimmt, daß soweit der Großgrundbesitz volkswirtschaftlich schädlich ist, vor allem zur Gründung ländlicher Heimstätten und zur Erweiterung mittlerer und kleiner landw. Betriebe aufzutellen ist, wenn nötig im Weg der Enteignung. Bei der Ausarbeitung des württ. Entwurfs wurden folgende Richtlinien verfolgt: 1. Neben der Schaffung von Anliegerstellen liegt die wichtigste Aufgabe der Siedlung in der Erweiterung kleinbäuerlicher Betriebe. 2. Das erforderliche Land für diese Siedlungszwecke ist durch Ausdehnung des Vorlaufrechts auf Güter von geringerem Umfang als 25 Hektar und nötigenfalls durch zwangsweise Enteignung von Großgrundbesitz zu gewinnen, letzteres aber nur gegen angemessene Entschädigung und soweit der Großgrundbesitz volkswirtschaftlich schädlich ist. 3. Der Wald soll zu Siedlungszwecken nur unter Beschränkung auf die zur landw. Nutzung besser geeigneten Waldböden und auf die Befriedigung dringender Bedürfnisse der Anliegersiedlung in Anspruch genommen werden. 4. Eine möglichst wirtschaftliche Ausnutzung des Siedlungslands durch Ausschluß jeder Spekulation ist anzustreben. Zu diesem Zweck sind geeignete Siedlungsbehörden und leistungsfähige, den Charakter der Gemeinnützigkeit gewährleistete Siedlungsunternehmungen vorzusehen.

Eine Verkaufsvermittlungsstelle für Angehörige des Mittelstands.

Ein großer Teil unseres notleidenden Mittelstandes sieht sich heute genötigt, Gegenstände seines oft recht wertvollen Besitzes zu veräußern, um sich über Wasser halten zu können. Diese Leute empfinden es aber meistens außerordentlich peinlich, sich zu diesem Zweck an Händler und Aufkäufer wenden zu müssen, und erzielen häufig auch keine angemessenen Preise. Dies hat den Ortsauschuss der Mittelstandsnothilfe Stuttgart veranlaßt, für Stuttgart und seine weitere Umgebung in Stuttgart eine Verkaufsvermittlungsstelle einzurichten, die Gegenstände aus

dem Besitz des notleidenden Mittelstandes zum Verkauf annimmt. Diese befindet sich in der Kanzleistraße 28. Angenommen werden Haushaltungsgegenstände aller Art, auch Möbel, Schmutz, Teppiche, Bilder, Bücher, Wäsche, Kleider und Schuhe. Außerdem werden auch von Mittelstandsfrauen angefertigte Handarbeiten dort zum Verkauf gebracht. Die Gegenstände werden von Sachverständigen geschätzt. Vom Erlös werden 10 Prozent zur Deckung der Ankosten und 2 Prozent für die Umsatzsteuer in Abzug gebracht. Die Verkaufsstelle ist gerne bereit, auch Gegenstände von Mittelstandsangehörigen anderer Bezirke zum Verkauf anzunehmen. Wegen der hohen Transportkosten wird es sich dabei allerdings um nicht zu umfangreiche und schwere Sachen handeln können; hochwertige Gegenstände, die nur zahlungskräftigen Käufern (insbesondere Ausländern) angeboten werden können, dürften hierbei besonders in Frage kommen. Wir machen auf das Bestehen dieser Verkaufsstelle in Stuttgart hiemit aufmerksam mit dem Anfügen, daß Gelegenheit zum Besuch und Einkauf jederzeit vorhanden ist.

Landessteuergesetz und Gemeindeumlage.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Landessteuer-Ausführungsgesetzes sieht eine Beschränkung der Gemeindeumlage auf den Höchstsatz von 25 Proz. vor. Diese Beschränkung soll nur für 1922 gelten. Mit Zustimmung der Ministerien des Innern und der Finanzen soll der Umlagesatz bis auf 30 Proz. erhöht werden können. Für die Wertzuwachssteuer kommen künftig 50 Proz., bisher 30 Proz. in Ansatz.

Die Zuschläge zu den Katastersteuern.

Nach dem Entwurf einer Änderung des Landesausführungsgesetzes wird der steuerbare Betrag des gewerblichen Reinertrags in dem Entwurf für das Rechnungsjahr 1922 wie folgt festgesetzt: für die ersten 5000 Mark Reinertrag 5 v. H., für die folgenden 5000 M 10 v. H., für die folgenden 5000 M 15 v. H., für die folgenden 5000 M 20 v. H., für die folgenden 10 000 M 30 v. H., für die folgenden 10 000 M 40 v. H., für die folgenden 10 000 M 50 v. H., für die folgenden 20 000 M 60 v. H., für die folgenden 30 000 M 70 v. H., für den Rest 80 v. H. Bei der Wertzuwachssteuer müssen die Zuschläge mindestens 10 v. H. betragen; als höchsten Steuersatz sind 50 v. H. des Wertzuwachses zugelassen.

Mißbräuchliche Benützung von Eisenbahnzeitkarten.

Von zuständiger Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß die mißbräuchliche Benützung von Schüler- und Arbeiter-rückfahrkarten, sowie Schülerferienkarten, die alle nicht übertragbar sind, neben Entziehung und erhöhter Fahrgeldnachzahlung auch gerichtliche Aburteilung zur Folge hat.

Wetterbericht für Mittwoch und Donnerstag.

Die Störungen sind noch nicht erschöpft. Ihr Einfluß von Norden her drängt den Hochdruck im Süden neuerdings zurück. Auch am Mittwoch und Donnerstag ist noch vielfach bedecktes, nur allmählich wieder aufheiterndes, aber meist trodenes Wetter zu erwarten.

Minister Holz über die politische Lage.

SCB. Notenburg, 17. Juli. Justizminister Holz hielt am Sonntag in einer überaus zahlreich besuchten Zentrumsversammlung des Bezirks in der Turnhalle eine politische Rede, in der er die Fragen der Innen- und Außenpolitik behandelte. Er rechtfertigte die Politik des Kabinetts Wirth als eine Politik konsequenter, kluger Entspannungstendenz, die die einzig mögliche war, um Reich und Volk durch die vielen Klippen zu führen. Der Friedensvertrag von Versailles sei die Ursache unserer Teuerung und der Not in der einzelnen Familie, auch letzte Ursache der Streiks, der erbitterten Parteikämpfe, der Krawalle in Revolten, ja, das Erbittert der Arbeitslosigkeit in der Welt. Dann streifte der Minister die drohende Gefahr der Reichstagsauflösung, lehnte eine einseitige Verbreiterung der Regierung ausschließlich nach links ab und bezeichnete es als ein erfreuliches Moment wachsenden Verantwortungswillens, daß die U. S. P., die bisher eine reine Arbeiterregierung forderte, sich bereit erklärte, in das Kabinett einzutreten. Die Gefahr des Bolschewismus sei überwunden, seine Stoßkraft

geschwächt. Die tiefste Ursache der Teuerung liege in dem gewaltigen Warenmangel ganz Mitteleuropas. Jede Regierung sei machtlos, solange die Mark sinke und der Dollar steige. Bezüglich der Mehrarbeit bedürfe es keines Zwanges des Gesetzes, das würden die Verhältnisse regeln. Bezüglich der Getreibeumlage bemerkte der Minister, daß der Preis unter dem politischen Zwang im Gefolge des Rathenau-Mordes entstanden und deshalb provisorisch sei. Der Minister schloß mit einem Appell an die Mit- und Selbstverantwortung jedes Einzelnen. — Abg. Gengler lehnte jede Nebenregierung ab, auch das Streik- und Demonstrationsfieber und forderte den einzig möglichen Weg des Ausgleiches, den Weg der Mitte. Staatsrat Eger-Weißdorf behandelte noch Bilanz- und Steuerfragen.

Die deutsche Volkspartei in Württemberg zur politischen Lage.

SCB. Stuttgart, 17. Juli. Der Landesauschuss der Deutschen Volkspartei in Württemberg war zu einer Tagung zusammengetreten, um zu den letzten politischen Vorgängen Stellung zu nehmen. Ueber die politische Lage berichtete der Landesvorsitzende Abg. Bikes. Als das Ergebnis der mehrstündigen Aussprache kann die Annahme folgender Entschlüsse betrachtet werden. „Der Landesauschuss der Deutschen Volkspartei in Württemberg stellt sich auf den Boden der Entschiedenheit des Reichsausschusses vom 9. Juli und spricht der Reichs- und Landtagsfraktion Dank und volles Vertrauen aus. Der Landesauschuss der Deutschen Volkspartei legt daher entschiedene Verwahrung ein gegen alle Maßnahmen, die geeignet sind, berechtigte Beunruhigung unter die Beamtenschaft zu tragen, ihre Rechte zu beschränken und die verfassungsmäßige staatsbürgerliche Freiheit der Beamten anzutasten.“

Tagesordnung der nächsten Volltagung des Landtags.

(SCB.) Stuttgart, 15. Juli. Auf der Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung am Freitag stehen 13 kleine Anfragen, eine Große Anfrage von Abg. Bazille betr. die Grundwertzuwachssteuer, die zweite Beratung des Entwurfs über Gewährung eines Darlehens an die Schwab. Hüttenwerke G. m. b. H., die 1. und 2. Beratung des Änderungsgesetzes der württ. Gerichts- und Notariatsgebührenordnung, die Beratung des Pensionsergänzungs- und Wohnungsabgabengesetzes und der Antrag Bikes (D. V.) betr. Änderung der Geschäftsordnung. — Weiter ist eingegangen ein umfangreicher Antrag der Kommunisten betr. Auflösung gegenrevolutionärer Organisationen und Erlaß einer Amnestie. Es wird darin aufgefordert, daß für alle politischen Straftaten und für alle Vergehen, die bei Teuerungsunruhen in den Jahren 1920 und 1921, beim Steuer- und Metallarbeiterstreik begangen wurden, Straffreiheit gewährt wird, die verhängten Strafen nicht vollstreckt, die anhängigen Verfahren eingestellt und Vermerke über solche Strafen im Strafregister gestrichelt werden. — Die Unabhängigen haben einen Antrag betr. Erlaß einer Amnestie durch das Staatsministerium mit ähnlichen Forderungen eingereicht. Weiter beantragen sie die Aufhebung des Art. 48 Ziff. 5 des Volksschulgesetzes, der bestimmt, daß die Lehrkräfte an Volksschulen einer der drei Konfessionen bzw. Kirchen angehören müssen. — Außerdem sind 3 kleine Anfragen der Kommunisten eingegangen, die sich auf Verhaftungen anlässlich des Metallarbeiterstreiks in Offingen, der Ausweisung eines Arbeiters anlässlich der Heilbronner Kommunistenkonferenz am Pfingstmontag und bezüglich der Stellungnahme der Vertreter Württembergs im Reichsrat zum Pensions-Ergänzungsgesetz usw. beziehen.

(SCB.) Stuttgart, 14. Juli. Der Weinsteuerprozess gegen Schultheiß Rümmele in Strümpfelbach i. R. kam am 10. und 11. Juli vor der Strafkammer hier zur Verhandlung. Schultheiß Rümmele wurde von der Anklage der Untreue und des Betrugs freigesprochen, dagegen wurde er als Vorstand der Weingärtnergenossenschaft wegen eines Vergehens gegen das Weinsteuergesetz (unvollständige Angabe des Weinpreises) zu der Geldstrafe von 330 000 M verurteilt.

(SCB.) Neulingen, 14. Juli. Der Gemeinderat beschloß die Erstellung eines Pferdeschlachthauses mit einem Aufwand von 238 000 M.

In den Nebenlogen wurde man aufmerksam. — Mit einem triumphierenden Blicke erhob sich die Bodmar und schwamm hinaus mit vollen Segeln.
„Drei Wochen? ... Himmel und da geht die schon aus!“ flüsterte irgend ein Gänschen so laut, daß ihre Worte Mariquitas Ohr erreichten.
Sie lehnte sich zurück, zog die Mantilla über Hals und Büsen zusammen und bewegte, bleich vor Zorn und zitternd, ihren Fächer.
In der Mitte des nächsten Aktes erhob sie sich und verließ die Vorstellung.
Daheim fand sie den Arzt.
„Ich muß Sie darauf vorbereiten, gnädige Frau,“ empfing sie der Geheimrat, „daß der Zustand Ihres Gatten in hohem Maße besorgniserregend ist. — Es müssen hier einige Vorlesungen getroffen werden. Sie würden gut tun, eine Diakonissin in das Haus zu nehmen. Ich werde Ihnen auch einen Heilgehilfen schicken für die Nacht, denn trotz der Eisumschläge fürchte ich, Ihr Herr Gemahl wird phantazieren.“
„Himmel!“ rief Mariquita, „phantazieren! ... Entsetzlich! — Ich habe niemals gehört, daß die Nase so schlimm werden kann ... Man sollte sie einfach besprechen ...“
„Die Nase?“ fragte der Sanitätsrat erstaunt ... „wer spricht hier von Nase? ... Der Typhus, gnädige Frau!“
Mariquita wurde blaß und wandte ihr großes dunkles Auge ganz starr vor Schrecken auf den alten Geheimrat, dessen ernster, forschender Blick dem ihren begegnete.
„Der Typhus?“ stammelte sie mit bebender Lippe. „Aber, mein Gott, der ist ja eben so schlimm wie das gelbe Fieber! ... Ich bitte Sie, was soll ich tun?“

Sie eilte zur Klingel. Ein Diener erschien unverzüglich, er hatte draußen bereit gestanden, etwaiger Befehle harrend.
„Holen Sie mir Pepita!“ rief sie und ging dann einige Male mit großen Schritten, die lange Schleppe über den Teppich nachschleifend, gesenkten Hauptes auf und ab.
Der Arzt beobachtete sie mit gerunzelter Stirn.
Pepita trat in das Zimmer und Frau von Wasendorf eilte auf sie zu. Schnell wie der Blitz wechselten nun Rede und Gegenrede zwischen den Beiden in spanischer Sprache unter lebhaften Gesten, halblaut, aber so charakteristisch, daß der Zuhörende sie zu verstehen meinte.
Der Arzt erhob sich und trat zwischen die Frauen. Er legte sogar seine Hand auf Mariquitas Arm, so daß sie innehielt und zu ihm aufschah.
„Sie fürchten sich vor Ansteckung, gnädige Frau?“ fragte er ernst.
„Gewiß, mein Herr,“ erwiderte Mariquita schnell, ich gebe Auftrag soeben, — ich werde unverzüglich dieses Haus verlassen, in einen Gasthof gehen so lange. — Gott, wie entsetzlich! ... Was für eine Lage für eine Frau!“
Der Geheimrat kniff seine ohnehin schon schmalen Lippen noch fester zusammen, und ein Ausdruck, halb Staunen, halb Berachtung, trat in seine Augen.
„Hm,“ räusperte er sich, — „Sie wollen also das Hafenspanier ergreifen? ... Und was wird dann aus unserem Patienten, Ihrem Herrn Gemahl?“ sprach er kühl.
Mariquita sah ihn ganz verwundert an.
„Aber Sie selbst sagten doch vorhin etwas von einer Diakonissin und einem Heilgehilfen? ... Ich verstehe so etwas nicht, ich bin dazu ganz und gar unbrauchbar. Und sodann ... ich fürchte die Ansteckung, und man sagt bei uns zu Lande,

Leute, welche sich fürchten, bekommen das Fieber allemal zuerst.“
„Wirklich! — Ich verstehe zwar nicht spanisch, meine gnädige Frau Hofmarschallin,“ erwiderte der alte Herr Sarkastisch und verbeugte sich mit einem Achselzucken, „auch nicht spanische Sitte ... ich weiß nur, daß bei uns zu Lande eine brave Frau in der Stunde der Gefahr an dem Krankenbette ihres Mannes sitzt, und gebe Ihnen den Rat, ein bißchen weniger furchtsam zu sein. — Von einer Ansteckung ist übrigens vorläufig hier noch gar keine Rede, und sollten Sie krank werden in Ihrem Beruf — nun wohl, dann werden wir versuchen, Sie zu heilen. — Wir stehen alle in Gottes Hand!“
Der Arzt ging hinaus zu seinem Kranken und ließ die beiden Frauen in nicht geringer Verlegenheit zurück. Mariquita begriff, wie sehr der Doktor Recht hatte, und wie sehr man sie verurteilen würde, wenn sie in diesem Augenblicke von ihrem Manne flüchtete. Außerdem und vor allem, er hatte ihr ja erklärt, die Krankheit wäre augenblicklich noch nicht ansteckend, auch das Kind fiel ihr ein und die Unbequemlichkeiten eines Umzuges, die häßlichen Zimmer in einem Hotel. — Sie ließ sich plötzlich in einen Sessel fallen und erklärte mit matter Stimme, daß sie bleiben würde.
Die dunkeläugige Jose machte zwar eine Gebärde und begleitete diese mit Blicken, als wenn sie sagen wollte, ich wätsche meine Hände in Unschuld, aber es war umsonst.
„Gut, ich bleibe!“ wiederholte Mariquita mit einem Seufzer und griff nach dem Zigarettenetui, — „bestelle, daß man jene Leute kommen läßt, jenen Krankenwärter ... gehe!“
Pepita entfernte sich, die junge Frau blieb allein in dem großen, nur von einer Lampe erleuchteten Gemach.
(Fortsetzung folgt.)

Der württ. Staatshaushaltsplan für 1922.

Der württ. Staatshaushaltsplan für 1922 samt Staatshaushaltsgesetz liegt nunmehr im Druck vor. Nach dem Entwurf werden im Ordentlichen Dienst für 1922 2 041 875 535 M. als Staatsbedarf angefordert. Die Deckungsmittel betragen 1 270 084 085 M., so daß ein Fehlbetrag von 771 791 450 M. entsteht. Der Außerordentliche Dienst erfordert an Ausgaben und Einnahmen je 328 Mill. Mark. Die Ausgaben für 1922 sind im Vergleich zum Vorjahr um 1 412 252 182 M. gestiegen. Das etatsmäßige Defizit des Vorjahres betrug rund 100 Mill. Mark, heuer 771 Mill. Diese ungedeckten Millionen sollen, soweit nicht eine Deckung aus dem wirklichen Anfall an Einnahmen möglich wird, aus dem Betriebs- und Vorratskapital der Staatshauptkasse vorgeschossen werden. Dieser Kasse werden 48 Millionen aus dem Restvermögen überwiesen und zu ihrer vorübergehenden Verklärung dürfen im Rechnungsjahr 1922 Schatzanweisungen oder Wechsel nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von 300 Mill. Mark hinaus, mit längstens einjähriger Laufzeit ausgegeben werden. Das Staatshaushaltsgesetz regelt dann noch die Befoldungsverhältnisse und Feuererzulagen der Beamten entsprechend dem Vorgang beim Reich, jedoch nicht über den Betrag des vorgeschriebenen Stellenverhältnisses bei Umwandlung von Stellen in solche einer niedrigeren Befoldungsgruppe, daß nur je die zweiten freierwerbenden Stellen wieder mit Beamten der gleichen Befoldungsgruppe besetzt werden. Die übrigen freierwerbenden Stellen sind in solche der niedrigeren Befoldungsgruppe umzuwandeln. Der Steuerfuß bei der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer wird auf 5 Proz. bestimmt, gleichzeitig die Gebühren nach der Gerichts- und Notariatsgebührenordnung bis zur Erledigung einer Aenderung dieses Gesetzes mit einem Zuschlag von 100 bzw. 220 und 120 Prozent belegt.

Im Einzelnen erfordert der Staatsbedarf: Für den Landtag 4 275 560 (2 584 370 M. mehr als im Vorjahr), das Staatsministerium 4 225 950 M. (plus 2 491 865 M.), den Verwaltungsgerichtshof 406 450 (plus 210 820) M., das Justizministerium 163 130 900 (plus

99 473 094) M., das Ministerium des Innern 222 954 082 (plus 117 617 144) M., das Arbeits- u. Ernährungsministerium 59 765 786 (plus 8 200 118) M., das Ministerium des Kirchen- u. Schulwesens 602 693 160 (plus 339 229 924) M., das Finanzministerium 135 225 750 (plus 94 255 840) M. Für Pensionen, Barzegelder und Unterstützungen werden 116 884 500 (plus 60 181 800) M. angefordert, für die Staatschuld 37 331 700 M. (weniger 671 255 M.), für Ablosung der Zivilliste 7 603 113 (plus 3 760 225) M., zu Befoldungs- und Mehrleistungen aus Anlaß der Aenderung des Befoldungsgesetzes neu 680 Mill. Mark.

Die Deckungsmittel setzen sich wie folgt zusammen: Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer mit einem Ertrag von 110 Mill. (79,6 Millionen Mark mehr als im Vorjahr), Landgewerbesteuer 795 000 Mark (plus 737 000 M.), Sporteln und Gerichtskosten 63 Millionen Mark (mehr 50,5 Mill.), Zuwachssteuer 2,5 Mill. (mehr 1,5 Mill.), Zuschlag zur Reichsgrundbesitzsteuer 2,7 Mill. (mehr 700 000 Mark), Einnahmen aus Reichsteuern 668,5 Mill. Mark (mehr 368,9 Mill.), Steuerstrafen 180 000 (mehr 169 000) Mark. Aus Rücklagen des Staatsvermögens und sonstigen Einnahmequellen werden als Deckungsmittel errechnet: Domänen 331 110 M. (mehr 387 697 M.), Forsten 362,7 Mill. (mehr 215,8 Mill.) M., Berg- und Hüttenwerke 325 000 (mehr 75 000) M., Salinen 1,4 Mill. (wie im Vorjahr), Münze 300 000 (mehr 124 990) M., Staatslotterie 798 000 (mehr 362 418) M., verschiedene Einnahmen bei der Staatshauptkasse unmittelbar 56,1 Mill. (mehr 1,1 Mill.) Mark. Die Torfverwaltung Schuffenried, Badeanstalt Wildbad und der „Staatsanzeiger“ werfen keine Deckungsmittel ab.

Im Außerordentlichen Dienst für 1922 werden bei der Verwaltung des Innern 318 Mill. zur Förderung des Wohnungsbaus, darunter 301,8 Mill. für unmittelbare Aufwendungen zum Wohnungsbau und 10 Mill. Mark für die Finanzverwaltung, für unerwartete Bedürfnisse außerordentlicher Art, zusammen 328 Mill. Mark angefordert. Sie sollen gedeckt werden aus der Wohnungsabgabe mit 158 Mill. Mark, einem außerordentlichen Zuschuß der Staatsforstverwaltung zur Förderung des Wohnungsbaus mit 25 Mill., einer

außerordentlichen Zuweisung aus den Zinsen der Abfindungssummen für die ans Reich übertragenen staatlichen Eisenbahnen und die Post mit 10 Mill. und aus Anleihen mit 135 Mill. Mark.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 451,50 M., der Schweizer Franken auf 86,46 M.

Landesproduktenbörse.

(S. B.) Stuttgart, 17. Juli. In abgelaufener Woche waren die Devisen großen Schwankungen unterworfen, die auch ihren Einfluß auf den Getreidemarkt ausübten und zu einer Ermäßigung der Preise führten; die Lage ist aber sehr unsicher. Die Preise ändern sich von Stunde zu Stunde. Die Stimmung für Futtermittel blieb anhaltend fest, man glaubt jedoch, daß die Preise für Raufutter infolge der günstigen Dehmbausichten den Höhepunkt überschritten haben. Es notierten je 100 kg ab württemb. Stationen: württ. Weizen 2300 bis 2350 (am 10. Juli 2400—2450) M., Hafer 1975—2050 (2000 bis 2050) M., Weizenmehl Nr. 0 3450—3500 (3500—3550) M., Brotmehl 3150—3200 (3200—3250) M., Kleie 1250—1300 (1300) Mark.

Wärkte.

(S. B.) Baihingen a. E., 17. Juli. Zuführt wurden 126 Milch und 6 Läufer Schweine. Preis für ein Paar Milchschweine 4400—7700 M., für ein Paar Läufer 10 000 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise hängen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrslofen in Betracht kommen. D. Schriftl.

(S. B.) Oberkochen, 17. Juli. Die Sommerfahweide hier, für 400 Stück befahrbar, wurde für 1923 an Gutsbesitzer Schmid von Neuenstein um 182 000 M. verpachtet. Im Vorjahr erlöste man 44 500 M., vor 2 Jahren 15 000 M.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der W. Celschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Mütterberatungsstunde

morgen Mittwoch, den 19. Juli 1922, 2—3 Uhr nachmittags im Handarbeitsaal (Erdgeschoss) des Volkshulgebäudes in der Badstraße.

Martinsmoos.
Am nächsten
Sonntag, 23. Juli
nachmittags 2 Uhr
wird das hiesige
Gefallenen-Denkmal
eingeweiht,
wozu freundlichst einladet
Gemeinderat.

**Steckenpferd-
Seife**
Die beste Milieumilchseife für zarte weiße Haut
Zu haben in Calw: H. Beisser, Kaufm.; Friedr. Lamparter, Kol.-Waren; J. Odermatt, Friseur; Wilh. Winz, Friseur.

Elektromotore
220 330 Volt, Kupferwicklung, fabrikmäßig.

Stück	PS.	Luren	Fabrikat	Preis des Motors
1	5	1450	Eßlingen	Mk. 21000.—
1	4	1450	"	Mk. 18400.—
4	3	1450	Lamayer	pro St. Mk. 13200.—
5	2	1400	Eßlingen	pro St. Mk. 9400.—

Sämtliche Motore sofort lieferbar.
Zwischenverkauf vorbehalten.

Kurz & Benz, G. m. b. H.
Zweibüro Calw, Stuttgarterstraße 393, Fernsprecher 57.

2 tüchtige Schreiner gesucht.
Karl Fischer, mech. Schreinerei, Unterreichenbach.

Wir beabsichtigen einer Anregung von interessierter Seite folgend, das in unserer Wochenbeilage „Zur Wander- und Reisezeit“ erscheinende Fragment aus dem 30jährigen Krieg

Das Schicksal und die Einäscherung der Stadt Calw von Johann Valentin Andrea

auch in Hestform herauszugeben,
falls darauf genügend Bestellungen bei uns einlaufen.

Das Bändchen dürfte einen Umfang von 48 Seiten bekommen und geheftet in hübscher Ausstattung auf holzfreiem Papier gedruckt ungefähr Mk. 16.— kosten.

Wir bitten diejenigen, die sich das Bändchen anschaffen wollen, uns innerhalb 14 Tagen ihre Bestellungen hierauf zu machen.

Hochachtungsvoll

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Fahrpläne sind in der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 1 Mark erhältlich.

Die Anzeige in der Tageszeitung ist immer die erfolgreichste Reklame!

Öffentlicher Vortrag!

Heute Dienstag, 18. Juli, abends 8 Uhr, findet im Saale des Badischen Hofes ein Vortrag über:

„Das Reichsmietengesetz und seine Durchführung, sowie den erstrebten weiteren Mieterschutz“
statt. Der Redner, Herr Oberregierungsrat Krauß-Reutlingen, ist eine bekannte, auf dem Gebiete des Wohnungswesens erfahrene Persönlichkeit und dürfte der Vortrag allgemeines Interesse finden.

Zu diesem äußerst wichtigen Vortrag gestalten wir uns hiemit die verehrliche Einwohnerschaft von Calw und Umgebung freundlichst einzuladen.

Mieter-Verein Calw e. V.

Korbmöbel
in größter Auswahl kaufen Sie am billigsten bei
Wilh. Frank, Calw
(hinter dem Rathaus)
Spezialgeschäft für Korbwaren
Kinderwagen und Korbmöbel.

Necker, solid. Geschäfts-
mann sucht
gegen prima Sicherheit guten
Zins und einer guten extra
Vergütung
Mark 5000.— bis
Mk. 10000.—
Betriebskapital oder
füllen Teilhaber
und erbietet Angebote nur
von Selbstgeber unter Chiffre
R. S. 77 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Austrägerin gesucht!

Für die 14tägig erscheinende
Zeitschrift „Nach Feierabend“
wird eine zuverlässige

Austrägerin gesucht.

Georg Kraus, Karls-
ruhe, Baumeisterstr. 4.

Zu kaufen gesucht
gu er-
halt. Kleiderkasten
u. kl. Wandhängen.
Schriftliche Angebote unter
Z. 1 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Futtermehl

ist eingetroffen

Heu und Stroh

sucht zu kaufen

Adolf Luz.

Umzugshalber zu ver-
kaufen eine gut erhaltene

„Mignon“- Schreibmaschine

mit Schutzkappen zum festen
Preis von Mk. 1000.—
Näheres auf der Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

1 Henne

mit 11 Küken
verkauft.

Wer, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Nr. 165.
Ercheinungs-
Verlaun 11 7.

Der Reichstag
Gesetz zum Sch
Stimmen das G
der Republik an
gen, so michte
Sitzung war du
den württ. Abg.

Die Wahl des Re
finden.
Die Haager R
zu wollen. Wer
meinschaftlichen
Zum Reparat
lungen aus Bo
teinertei einheit
find. Es wird
delt. Die ameri
internation
sind anscheinend
gewährt werden.

Staatsmit
In der nun f
parteien eingebr
zum Schutze der
der Regierung zu
nach kurzer Aus
bekämpfen, dem
2. Beratung des
den § 1 der Aus
Kämpfung des Be
bestimmte Orte b
richtet. Es hat
minister des In
v. Preger lehnte
einen Eingriff i
und weil eine S
der Abg. Emmi
Vorlage, die er a
über den Rathen
der Länder begei
Bell (3), v. Ka
von der Notwend
der Ausschuß der
gekommen sei un
stimmen. Minis
keit einer zentra
seit langem auch
Memmingen beto
nicht nur in Kap
rzigkeiten auszun
denen Zuständigk
Wonne die Reichs
gehen. Die Meh
len, daß die Ver
Gründen der har
weist darauf hin,
dagegen protestie
sfolgung der Sozia
der Kommunist
die revolutionäre
Nach der Erklärung
Mehrheit des bar
Preger'sche mi
nommen. — In
Sitzung werden d

zwischen den
Annahme des
und des b
Berlin, 19. Jul
verkehrsgezet
men, ebenso in dri